



NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege
am 16.03.2017**

Sitzungsnummer: v.-Ver/033/2017

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Claus Hamp	
-----------------	--

CDU-Fraktion

Herr Lars-Henning Bartels	
Frau Leonie Bierent	
Herr Dr. Manfred Bödicker	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Ortwin Ludwig	
Herr Dennis Moneke	
Herr Dr. Hans-Henning Peters	
Frau Elisa Rabe-Bartels	
Herr Jörg Rüppel	
Frau Susanne Rüppel	
Herr Michael Schmidt	
Herr Stefan Schneider	
Herr Klaus Wolf	

SPD-Fraktion

Herr Ramiz Arifi	
Herr Markus Claus	
Herr Alexander Feiertag	
Herr Stefan Fiege	
Herr Jörg Heinz	
Frau Edina Hippe	
Frau Gabriele Kniese	
Herr Joachim Lorchheim	
Herr Karl Montag	
Herr Thomas Reyer	

Frau Jacqueline Stolle	
Herr Marcus Stolle	
Frau Petra Strauß	

FWG-Fraktion

Herr Jochen Grüning	
Herr Jürgen Häcker	
Herr Andreas Hölzel	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lothar Dietrich	
Frau Vanessa Grauer	

Fraktion Die Linke

Herr Bernhard Gassmann	
Frau Erika Rebbig-Kosir	

FDP-Fraktion

Herr Manfred Lister	
Frau Jutta Thiele	

Mitglieder des Magistrats

Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
Herr Thomas Große	
Herr Stefan Happel	
Herr Alexander Heppe	
Frau Patricia Hölzel	
Herr Gerhard Marquardt	
Frau Heidrun Ott	

Ortsvorsteher

Herr Rainer Bick	
Herr Matthias Herzog	
Herr Walter Hoefel	
Herr Georg Hofmann	
Herr Thomas Rehbein	

Schriftführer/in

Herr Volker Jatho	
-------------------	--

von der Verwaltung

Frau Dagmar Schade-Kurz	
-------------------------	--

Vorsitzende/r des Ausländerbeirates

Herr Washa Beroschwili	
------------------------	--

Entschuldigt:**CDU-Fraktion**

Frau Annegret Schröter	
------------------------	--

Mitglieder des Magistrats

Herr Berthold Diegel	
----------------------	--

Herr Theodor Sternal	
----------------------	--

Ortsvorsteher

Herr Jürgen Gonnermann	
------------------------	--

Beginn der Sitzung:**19:00 Uhr****Ende der Sitzung:****21:06 Uhr**

Herr Stv.-V. Hamp begrüßt alle Mandatsträger/-innen, Gäste und die Presse.

Anschließend gratuliert er allen Mandatsträgerinnen/Mandatsträgern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten. Außerdem gratuliert er einer Stadtverordneten zur Geburt ihres Kindes.

Anschließend weist er auf die Veranstaltung „Markt der Möglichkeiten“ in Bad Sooden-Allendorf am 25.03.2017 hin.

Er weist darauf hin, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Hinweisbekanntmachung am 11.03.2017 in der Werra-Rundschau erfolgte.

Das Protokoll vom 09.02.2017 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 16 Nein: 0 Enthaltungen: 17

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

Der Antrag der Linken-Stv.-Fraktion betr. Bericht über die Planungen für einen Kunstrasen auf der Torwiese wird nachträglich auf die Tagesordnung genommen.

Beschluss:

Der Tagesordnung wird in der geänderten Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 33 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Somit lautet die Tagesordnung wie folgt:

TOP	Titel
1.	Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Friedhofsausschüsse in den Stadtteilen Vorlage: 2017/0075/SVV 6
2.	Beteiligungsbericht der Kreisstadt Eschwege Berichtszeitraum: 2015 Vorlage: 2017/0076/SVV 7
3.	Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 der Kreisstadt Eschwege hier: Beratung und Beschlussempfehlung Vorlage: 2017/0077/SVV 7
4.	Vorläufiger Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 der Kreisstadt Eschwege hier: Aufstellung nach § 112 Abs. 9 HGO Vorlage: 2017/0078/SVV 8
5.	Bebauungsplan Nr. 122.6 „Einfriedungen im Neubaugebiet Im Boden in Eschwege-Oberdünz bach“ (Änderung örtlicher Bauvorschriften in den Bebauungsplänen Nr. 122 „Im Boden“ Teil A westlich der Hauptstraße und Nr. 122.4); Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange und Auslegungsbeschluss Vorlage: 2017/0079/SVV 8
6.	Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Bericht über die Arbeit des Netzwerks Initiative Wirtschaft Eschwege NIWE Vorlage: 2017/0073/SVV 9
7.	Antrag der Linken-Stv.-Fraktion betr. Verzicht auf die Anpflanzung neuer Bäume im Rahmen der Baumaßnahme "Langenhainer Weg" Vorlage: 2017/0080/SVV 10
8.	Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Resolution für gebührenfreie Kindertagesstätten Vorlage: 2017/0081/SVV 11

9.	Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Bedarfsplanung Kita-Plätze Vorlage: 2017/0082/SVV	13
10.	Antrag der Linken-Stv.-Fraktion betr. Bericht über die Planungen für einen Kunstrasen auf der Torwiese.....	15
11.	Magistratsbericht	15
12.	Anregungen.....	16

1. Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Friedhofsausschüsse in den Stadtteilen
Vorlage: 2017/0075/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1, Fachdienst 43

Herr Bgm. Hepe trägt vorlagegemäß vor.

Beschluss:

In die Friedhofsausschüsse der Stadtteile werden folgende Mitglieder der Ortsbeiräte gewählt:

Albungen	1. Silke Gerlach 2. Volker Gerlach
Eltmannshausen	1. Uwe Henkelmann 2. Rudolf Schober
Niddawitzhausen	1. Peter Hoefel 2. Sandra Wenderoth
Niederdünz bach	1. Andreas Gleim 2. Sascha Knigge
Niederhone	1. Wolfgang Werner 2. Rudolf Baum
Oberdünz bach	1. Stefan Morgenthal 2. Nikolaus Thöne
Oberhone	1. Ralf Müller 2. Uwe Pröger

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 33 Nein: 0 Enthaltungen: 0

2. Beteiligungsbericht der Kreisstadt Eschwege
Berichtszeitraum: 2015
Vorlage: 2017/0076/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachdienst 21

Herr Bgm. Heppe trägt vorlagegemäß vor.

Herr Stv. Lister, Vorsitzender des Finanzausschusses, trägt den Ausschussbericht vor.

Beschluss:

Kenntnisnahme

3. Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 der Kreisstadt Eschwege
hier: Beratung und Beschlussempfehlung
Vorlage: 2017/0077/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachdienst 23

Herr Bgm. Heppe trägt vorlagegemäß vor.

Herr Stv. Lister, Vorsitzender des Finanzausschusses, zeigt die positive Entwicklung auf. An verschiedenen Punkten (u. a. Erhöhung der Gewerbesteuer) erläutert er den positiven Trend, bemängelt aber auch die verzögerte Genehmigung des Haushaltes durch die Aufsichtsbehörde, die zu Preissteigerungen durch verspätete Auftragserteilungen geführt habe.

Auch Herr Stv. Heinz erläutert die positive Entwicklung und führt diese auf die Arbeit des ausgeschiedenen Stadtkämmerers Brill zurück. Er skizziert die auch vom Steuerberater im Ausschuss vorgetragenen, aus seiner Sicht wesentlichen Eckpunkte: Höhere Steuereinnahmen resultierend aus den Anhebungen – Deutliche Reduzierung der Sach- und Dienstleistungen – Auflösung der Versorgungsrücklage.

Herr Stv. Lister bemängelt die Diskrepanz zwischen der Planung (Haushaltsansätze) und den eingetretenen Ist-Zahlen; bestätigt aber den guten Weg, auf dem man sei.

Herr Stv. Hölzel bestätigt, dass vieles von Herrn Stv. Heinz Gesagtem der Realität entspricht, aber vergessen worden seien die Eschweger Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler. Er bedankt sich bei diesen. Außerdem seien die niedrigen Zinsen auch verantwortlich für das gute Ergebnis.

Herr Stv.-V. Hamp bedankt sich anschließend auch noch bei den Rathausbediensteten.

Herr Stv. Gassmann bestätigt die Ausführungen von Herrn Stv. Lister, dass zwischen Haushaltsplan und Ergebnis eine Diskrepanz sei. Allerdings sei bei einem Doppelhaushalt, der derzeit diskutiert werde, der Unterschied noch gravierender.

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2014 wird beschlossen und dem Magistrat wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 33 Nein: 0 Enthaltungen: 0

**4. Vorläufiger Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 der Kreisstadt Eschwege
hier: Aufstellung nach § 112 Abs. 9 HGO
Vorlage: 2017/0078/SVV**

Zuständiger Fachbereich: Fachdienst 23

Herr Bgm. Heppe trägt vorlagegemäß vor. Er weist darauf hin, dass vermutlich mit einem Überschuss von rd. 50.000 € gerechnet werden kann.

Herr Stv. Lister, Vorsitzender des Finanzausschusses, berichtet aus dem Ausschuss.

Beschluss:

Die vorläufige Vermögensrechnung, die vorläufige Gesamtergebnisrechnung sowie die vorläufige Gesamtfinanzrechnung zum 31.12.2015 werden zur Kenntnis genommen.

**5. Bebauungsplan Nr. 122.6 „Einfriedungen im Neubaugebiet Im Boden in Eschwege-Oberdünz bach“ (Änderung örtlicher Bauvorschriften in den Bebauungsplänen Nr. 122 „Im Boden“ Teil A westlich der Hauptstraße und Nr. 122.4);
Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange und
Auslegungsbeschluss
Vorlage: 2017/0079/SVV**

Zuständiger Fachbereich: Fachdienst 41

Herr Bgm. Heppe trägt vorlagegemäß vor.

Herr Stv. Dr. Bödicker, Vorsitzender des Ausschusses für Bauen und Umwelt, teilt mit, dass der Ausschuss einstimmig die Annahme des Beschlussvorschlages empfiehlt. Es solle zeitnah geprüft werden, ob auch so gebaut wie geplant wurde.

Beschluss:

- a) Die im Rahmen der frühzeitigen Träger- und Bürgerbeteiligung zum Entwurf des Bebauungsplans Nr. 122.6 „Einfriedungen im Neubaugebiet Im Boden in Eschwege-Oberdünz bach“ (Änderung örtlicher Bauvorschriften in den Bebauungsplänen Nr. 122 „Im Boden“ Teil A westlich der Hauptstraße und Nr. 122.4) vorgebrachten Anregungen werden wie in der Vorlage im Einzelnen begründet berücksichtigt.

- b) Der Bebauungsplan Nr. 122.6 „Einfriedungen im Neubaugebiet Im Boden in Eschwege-Oberdünz bach“ (Änderung örtlicher Bauvorschriften in den Bebauungsplänen Nr. 122 „Im Boden“ Teil A westlich der Hauptstraße und Nr. 122.4) wird mit der Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltungen: 1

**6. Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Bericht über die Arbeit des Netzwerks Initiative Wirtschaft Eschwege NIWE
Vorlage: 2017/0073/SVV**

Zuständiger Fachbereich: Stabsstelle 03, Fachbereich 1

Herr Stv. Lister trägt den gemeinsamen Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion vor und erläutert ihn.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass im Finanzausschuss über die Arbeit des Netzwerks Initiative Wirtschaft Eschwege NIWE berichtet wird.

Begründung:

Seit nunmehr 2003 existiert die Netzwerk Initiative Wirtschaft Eschwege NIWE, ohne dass in der Vergangenheit über die Arbeit den städtischen Gremien Bericht erstattet wurde.

Dabei sollte der Bericht einen Einblick auf die letzten drei Jahre gewähren sowie einen Ausblick für die kommenden zwei Jahre geben.

Herr Stv. Lister bezieht sich auf die Darstellungen auf der Homepage der NIWE betr. Ziele, Teilnehmer etc. Im Ausschuss sei allerdings bisher nicht entsprechend der Produktbeschreibung berichtet worden. Insofern wird um Bericht gebeten, wie NIWE arbeitet, wie hoch der Personalaufwand ist, wofür die Haushaltsmittel verwendet wurden, ob es ggfs. Co-Finanzierungen (Fördergelder) gab und wie diese verwendet wurden, wie man Mitglied werden kann u. a.

Beschluss:

Im Finanzausschuss wird über die Arbeit des Netzwerks Initiative Wirtschaft Eschwege NIWE berichtet.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltungen: 0

7. Antrag der Linken-Stv.-Fraktion betr. Verzicht auf die Anpflanzung neuer Bäume im Rahmen der Baumaßnahme "Langenhainer Weg"
Vorlage: 2017/0080/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 4, Fachbereich 1

Herr Stv. Gassmann trägt den Antrag der Linken-Stv.-Fraktion vor und erläutert ihn.

Antragstext:

Keine neuen Bäume im Langenhainer Weg

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Rahmen der Baumaßnahme „Langenhainer Weg“ wird auf die Anpflanzung neuer Bäume verzichtet.

Begründung:

Der Langenhainer Weg ist mit seinen wunderschönen Vorgärten bereits jetzt eine grüne Wohngegend. Die gewachsenen grünen Strukturen würden durch die Anpflanzung von Bäumen gestört. Sie würden von Passanten nicht mehr so deutlich wahrgenommen werden können, wie derzeit.

Die Anwohner wollen keine Bäume vor ihre Haustüre gepflanzt haben. Das war einhellige Meinung in der Bürgerinfo-Veranstaltung. Alle anwesenden Anlieger haben sich strikt gegen die Bepflanzung mit neuen Bäumen ausgesprochen. Und obwohl sie sich dagegen ausgesprochen haben, sollen sie für die neuen Bäume zahlen. Dieser Widerspruch ist nicht hinnehmbar.

Herr Stv. Gassmann erläutert den Antrag und äußert, man könne stolz sein auf eine grüne Stadt, Bäume seien auch sehr wichtig. Wer Bäume nur wegen des Laubes ablehne, finde nicht seine Unterstützung. Er führt aber aus, dass es im Langenhainer Weg viele schöne Vorgärten gebe und die Anwohner stolz darauf seien. Diese Vorgärten erfüllen den Begrünungsanspruch der Anwohner, deshalb könne man auf die Bäume verzichten, zumal sie für die Bäume bezahlen müssten, und zwar über die Straßenbeiträge. Dieser Antrag solle aber keine Signalwirkung für andere Baumaßnahmen haben.

Herr Bgm. Heppel widerspricht der Darstellung von Herrn Stv. Gassmann. Während einer Anliegerversammlung sei über 17 geplante Baumstandorte geredet worden, auf drei Bäume werde verzichtet. Längst nicht alle Anwohnerinnen/Anwohner seien gegen die Bepflanzungen. Nur zwei Betroffene hätten individuelle Gesprächsangebote angenommen. Lt. Herrn Bgm. Heppel hat bei den Befürchtungen der Anwohnerinnen/Anwohner der Wegfall von Parkplätzen eine Rolle gespielt.

Herr Stv. Feiertag bestätigt den ökologischen Wert von Bäumen und führt aus, dass Bäume für die Umwelt eine hohe Bedeutung haben. Er bittet den Magistrat um Prüfung, ob die Bäume unbedingt über die Straßenbeiträge finanziert werden müssen oder ob eine anderweitige Finanzierung möglich sei.

Frau Stv. Grauer merkt an, dass eines der strategischen Ziele von Eschwege sei, eine klimaneutrale Stadt zu werden. Da sei jeder Baum wichtig. Sie unterstützt die Anregung der SPD-Fraktion bezüglich des Herausrechnens der Baumkosten aus den Straßenbeitragskosten und lehnt den Antrag von Herrn Stv. Gassmann ab.

Beschluss:

Im Rahmen der Baumaßnahme „Langenhainer Weg“ wird auf die Anpflanzung neuer Bäume verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 2 Nein: 34 Enthaltungen: 0

8. Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Resolution für gebührenfreie Kindertagesstätten
Vorlage: 2017/0081/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3, Fachbereich 1

Herr Stv. Hölzel trägt den gemeinsamen Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion vor und erläutert ihn.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eschwege fordert den Magistrat der Stadt Eschwege auf, sich mit aller Kraft bei den Regierungen des Landes Hessen und der Bundesrepublik Deutschland dafür einzusetzen, dass der Besuch von Kindertagesstätten langfristig kostenfrei gestaltet werden kann. Dazu sind sowohl die Landesregierung des Landes Hessen als auch die Regierung der Bundesrepublik aufzufordern, sich ihrer Verantwortung zu stellen und Eltern und Kommunen bei den Betreuungsgebühren zu entlasten und damit gleiche Chancen für alle zu schaffen.

Begründung:

Eschwege hat eine gut ausgebaute und ausgestattete Betreuungsinfrastruktur. Uns ist es wichtig, allen jungen Menschen die bestmögliche Bildung und Betreuung von Anfang an, unabhängig von Geldbeutel und sozialer Herkunft, zur Verfügung zu stellen – von der Kinderkrippe bis zum Hochschulabschluss. Deshalb erachten wir es als notwendig, langfristig auch den Besuch von Kindertagesstätten gebührenfrei zu gestalten.

Die Befreiung der Eltern von den Kindergartenbeiträgen für das dritte Kindergartenjahr durch das Land Hessen betrachten wir als einen wichtigen und richtigen Schritt in diese Richtung, auch wenn wir den Finanzierungsanteil des Landes für nicht ausreichend erachten.

Die geplante Neuregelung des Länderfinanzausgleichs und die dadurch absehbare deutliche Entlastung Hessens ermöglichen es, diese Zukunftsinvestition jetzt – spätestens aber mit Wirksamwerden der Entlastungen im Länderfinanzausgleich (LFA) ab dem Jahr 2020 anzugehen. Hessen wird durch die Neuregelung des LFA ab 2020 nach derzeitigem Verhandlungsstand um mehrere hundert Millionen Euro im Jahr entlastet.

Von größter Bedeutung ist es, dass die Abschaffung der Kita-Beiträge mit der Verpflichtung des Landes einhergeht, den Kommunen den Einnahmeausfall aus den frei werdenden LFA-Mitteln auch tatsächlich zu ersetzen. Denn viele Städte und Gemeinden würden nach eigener Aussage Kita-Beiträge sofort abschaffen, wenn sie die finanzielle Möglichkeit dazu hätten.

Auch die Bundesregierung ist in die Pflicht zu nehmen, wenn es um die Finanzierung der Kinderbetreuung geht. Nach wie vor darf das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, der zahlt“) nicht außer Acht gelassen werden. So hat die Bundesregierung mit den Gesetzen zum Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz (seit 1996 für Kinder ab 3 Jahren, seit 2013 für Kinder ab 1 Jahr) zwar in der Sache eine wichtige Voraussetzung, sowohl für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, als auch die Möglichkeit der frühkindlichen Bildung geschaffen, die Städte und Kommunen aber bei der Finanzierung dieser Aufgabe im Regen stehen lassen.

Daher fordern wir sowohl die Landesregierung des Landes Hessen, als auch die Regierung der Bundesrepublik auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen und Eltern und Kommunen bei den Betreuungsgebühren zu entlasten und damit gleiche Chancen für alle zu schaffen!

Herr Stv. Hölzel erklärt, dass Kindertagesstätten für eine gute Ausbildung der Kinder wichtig seien und die Eltern sich den Besuch der Kitas leisten können müssen. Eschwege habe zwar eine gute Betreuungsinfrastruktur, aber jedoch eine Beitragspflicht. Es wird als sehr wichtig erachtet, dass eine Befreiung von den Gebühren für die Eltern erfolgen müsse und die Bundesregierung und das Land Hessen daher in die Pflicht genommen werden sollten, dies umzusetzen.

Herr Stv. Feiertag bestätigt die Ausführungen von Herrn Stv. Hölzel bezüglich kostenfreier Bildung und betont, dass der Antrag als Resolution verfasst werden solle. Aus seiner Sicht sei allerdings der Text noch etwas abzuändern - in Eschwege sei das 3. Kindergartenjahr nicht in Gänze kostenfrei und es bestehe insgesamt im Bereich Kindergärten in Eschwege noch Handlungsbedarf (Verweis auf den Antrag unter TOP 9).

Herr Stv. Schneider äußert, dass es reichen würde, den Antrag als Schreiben abzusenden, man könne aber auch eine Resolution verfassen.

Herr Stv. Gassmann bestätigt die Ausführungen von Herrn Stv. Feiertag, dass es eine kostenfreie Bildung für alle geben müsse und fände eine Resolution besser, wobei der Text vom Magistrat gestaltet werden sollte.

Herr Stv. Dietrich unterstützt den Antrag ebenfalls, bedauert allerdings auch, dass ein solcher Antrag überhaupt nötig sei. Er bemängelt, dass an den Schwächsten gespart werde, obwohl Deutschland zu den reichsten Ländern Europas gehöre. Durch den Antrag könne versucht werden, etwas zu erreichen, dass jedoch die Frage bleibe, wo das Geld herkommen soll. Er schlägt vor, gebührenfreie Kitas über eine Erhöhung der Kapitalertragssteuer oder die Einführung der Vermögenssteuer zu finanzieren. Man solle sich also dafür einsetzen, das Geld bei denen zu holen, die hohe Einkommen haben. Auf keinen Fall dürften gebührenfreie Kitas auf Kosten des Personals finanziert werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eschwege fordert den Magistrat der Stadt Eschwege auf, sich mit aller Kraft bei den Regierungen des Landes Hessen und der Bundesrepublik Deutschland dafür einzusetzen, dass der Besuch von Kindertagesstätten langfristig kostenfrei gestaltet werden kann. Dazu sind sowohl die Landesregierung des Landes Hessen als auch die Regierung der Bundesrepublik aufzufordern, sich ihrer Verantwortung zu stellen und Eltern und Kommunen bei den Betreuungsgebühren zu entlasten und damit gleiche Chancen für alle zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltungen: 0

9. Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Bedarfsplanung Kita-Plätze
Vorlage: 2017/0082/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3, Fachbereich 4, Fachbereich 1

Herr Stv. Feiertag trägt den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion vor und erläutert ihn.

Antragstext:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege um folgenden Beschluss:
Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, kurzfristig ein nachhaltiges Konzept zur Abwehr drohender Engpässe bei Kinderbetreuungsplätzen in Eschwege vorzulegen.
Das Konzept ist im Ausschuss für Familie und Soziales zu beraten und in der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen.

Zum Hintergrund:

In den vergangenen Monaten ist mehrfach an uns herangetragen worden, dass in Eschwege weder die Nachfrage an Kindergartenplätzen noch die Nachfrage an „U3“-Plätzen gedeckt werden könne. Dies ist aus mehreren Gesichtspunkten höchst bedauerlich:
Eschwege ist als Familienstadt zertifiziert und wirbt mit Familienfreundlichkeit um Bürger. Fehlende Kitaplätze stellen sich in diesem Zusammenhang außerordentlich kontraproduktiv dar!
Eschwege übernimmt als Kreisstadt natürlicher Weise auch Funktionen für das Umland. Können wir dem Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen auch aus dieser Richtung nicht weiterhin gerecht werden (es handelt sich z.B. um im Umland wohnende und in Eschwege arbeitende Eltern), verliert Eschwege seine Zentralität für die Umgebung, dies mit negativen Auswirkungen auf die Bevölkerungsstatistik!
Wirkliche Integration von Flüchtlingen beginnt bei den Kindern bzw. ist oft nur über die Kinder möglich. Umso wichtiger erscheint es uns, dass auch auf die Nachfrage bzw. die Ansprüche aus dem Flüchtlingsbereich eingegangen werden kann.
Letztlich ist das Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz seitens der Eltern einklagbar. Auch vor diesem Hintergrund gilt es, Schaden von der Kreisstadt Eschwege abzuwenden.

Fragen, um deren Beantwortung wir im Zuge der Konzepterstellung bitten:

Wieviele Betreuungsplätze, differenziert sowohl nach U3 und 3-6-jährigen, als auch nach Einrichtungen und Angebotszeiten und -strukturen existieren in Eschwege?

Gibt es insgesamt, aber auch einzeln nach Einrichtungen, Altersgruppen sowie Angebotszeiten und Strukturen betrachtet, Wartelisten bzw. Absagen für das kommende Kindergartenjahr und weitere Kindergartenjahre?

Wieviele Kinder von geflüchteten Menschen werden in den einzelnen Altersbereichen und Einrichtungen betreut? Wie hoch ist hier der Bedarf?

Wieviele Kinder aus Eschwege werden von Tagesmüttern betreut? Wie korrespondiert dies mit den vorhandenen Betreuungsangeboten in den Einrichtungen?

Wie hoch ist der Anteil der Kinder für die - ebenfalls differenziert nach Einrichtungen und Angebotsstrukturen - die Kindertagsstättenbeiträge übernommen werden?

Wie ist der aktuelle kurzfristige, mittelfristige und langfristige Planungsstand für U3- und Kindergartenplätze - bitte ebenfalls differenziert nach Einrichtungen -?

Ist es richtig, dass die „Notgruppe“ in der Mauerstraße um ein weiteres Jahr verlängert werden muss?

Welche Grundlagen zieht die Verwaltung heran, um die künftigen Bedarfe zu ermitteln?

Nach unserem Kenntnisstand gab es im vergangenen Jahr vor dem Hintergrund konkreter ermittelter Bedarfe Vorüberlegungen und Planungen zum Bau einer weiteren Einrichtung. Warum sind diese Überlegungen nicht weiter verfolgt worden?

Welche Fördermöglichkeiten bestehen seitens Bund und Land zur Einrichtung neuer Gruppen?

Herr Stv. Feiertag trägt vor, dass nach den Recherchen seiner Fraktion mehr als 70 Plätze in Eschwege fehlen. Er erläutert, dass mit dem Wachstum bei den Einwohnerzahlen auch ein höheres Angebot an Kita-Plätzen einhergehen müsse. Auch bei der Integration von Flüchtlingskindern leisten Kitas einen wertvollen Beitrag. Fehlende Plätze seien schädlich für Eschwege - insbesondere da „Familienfreundliche Stadt“ eines der strategischen Ziele sei. Einerseits werde um neue Einwohner mit Familie geworben, andererseits werde es nicht geschafft, den Bedarf an Kindergartenplätzen zu befriedigen. Da die Plätze auch einklagbar seien, solle Schaden von der Stadt abgewendet werden.

Herr Bgm. Heppe konkretisiert die Zahlen/Stand Februar 2017:

Er sieht Handlungsbedarf bei den U 3-Plätzen, zwar liege hier die Versorgungsquote bei 35,6 %, trotzdem gebe es Bedarf.

Die Betreuung der älteren Kinder ist nach seiner Darstellung gesichert. 21 Eltern hätten neuen Bedarf angemeldet, dem stünden 17 freie Plätze gegenüber. Den Verzicht auf einen Neubau erklärte Herr Bgm. Heppe mit wirtschaftlichen Gründen. Der Neubau einer Tagesstätte mit drei Gruppen würde zwei Millionen € kosten. Als Träger sei die Krabbelgruppe vorgesehen gewesen. Deren eine Gruppe und die jetzige Notgruppe aus der Mauerstraße hätten untergebracht werden müssen. Unter dem Strich wäre mit einem Kostenaufwand von zwei Millionen € nur für eine Gruppe Platz geschaffen worden (12 Plätze). Man sei weiter auf der Suche nach einer wirtschaftlichen Lösung.

Herr Stv. Montag erklärt, dass man für einen zukünftigen Mehrbedarf an Kita-Plätzen gewappnet sein müsse. Eingerichtete Notgruppen wären da keine Lösung. Der Bürgermeister sei gefordert, Abhilfe zu schaffen, der SPD-Fraktion sei davon aber nichts bekannt. Es gäbe viele Kinder, die einen Platz benötigen. Im Dezember 2016 sei nachgefragt worden nach dem Stand und als Antwort wurde erklärt: „Alles im Griff.“. Doch damit könne man sich nicht zufrieden geben, denn der Bedarf an U 3-Plätzen steige.

Er gibt dann einen zeitlichen Ablauf der bisherigen Tätigkeiten bekannt und bezieht sich auf entsprechende Aussagen in den Protokollen des Magistrates. Auch bei der Integration von Flüchtlingen stehen nach seiner Auffassung Kitas an erster Stelle. Herr Stv. Montag bedankt sich bei dem Kindergartenpersonal und der Verwaltung für die bisher geleistete Arbeit.

Herr Stv. Schneider erklärt, dass Herr Stv. Montag in seiner Rede widersprüchliche Aussagen getroffen habe. Der wesentliche Inhalt seines Vortrages entspreche nicht dem Resümee am Ende.

Herr Stv. Dietrich erklärt, dass weitere Flüchtlinge kommen werden, und für deren Kinder und die Integration seien Kitas unverzichtbar. Er bemängelt, dass in einem der reichsten Länder Europas an den Schwächsten gespart würde, denn Bildung müsse generell kostenlos sein.

Beschluss:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, kurzfristig ein nachhaltiges Konzept zur Abwehr drohender Engpässe bei Kinderbetreuungsplätzen in Eschwege vorzulegen.

Das Konzept ist im Ausschuss für Familie und Soziales zu beraten und in der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltungen: 0

10. Antrag der Linken-Stv.-Fraktion betr. Bericht über die Planungen für einen Kunstrasen auf der Torwiese

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 4, Fachbereich 1

Herr Stv. Gassmann trägt den Antrag der Linken-Stv.-Fraktion vor und erläutert ihn.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat berichtet in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt über die Planungen für einen Kunstrasen auf der Torwiese.

Begründung:

Die Einrichtung eines Kunstrasenplatzes wirft viele Fragen auf. Die Stadtverordneten müssen bei einem Projekt diesen Umfangs die Gelegenheit haben, schon während des Planungsverfahrens Einfluss zu nehmen.

Beschluss:

Der Magistrat berichtet in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt über die Planungen für einen Kunstrasen auf der Torwiese.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltungen: 0

11. Magistratsbericht

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 4

Herr Bgm. Heppel trägt den Magistratsbericht folgendermaßen vor:

Auftragsvergaben

Im Berichtszeitraum hat der Magistrat nachstehend genannten Auftrag vergeben:

- Übertragung der Ingenieurleistungen für Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke zur Vorbereitung der Baumaßnahme „Ausbau der Friedrich-Wilhelm-Straße 4. Bauabschnitt zwischen Kreuzung Goethestraße/Moritz-Werner-Straße und Einmündung Reichensächser Straße in Höhe von 48.000,00 EURO.

12. Anregungen

12.1 Haushaltsgenehmigung

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2

Herr Stv. Schneider bemängelt, dass die Genehmigung des Haushaltes zu lange dauere und man so lange nicht mit der Umsetzung wichtiger Maßnahmen warten könne. Dies würde mit einem Doppelhaushalt, der nach § 94 Abs. 3 HGO möglich wäre, vermieden (zumindest im zweiten Jahr). Der Magistrat solle daher einmal diese Möglichkeit prüfen.

12.2 Digitalisierung von Unterlagen

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1

Frau Stv. Grauer regt an, zum Papiersparen die zum Versenden gedachten Unterlagen digital zur Verfügung zu stellen. Als Beispiel verweist sie auf den TOP 3.

12.3 Termin der Feuerwehr

Zuständiger Fachbereich: Fachdienst 31

Herr Stv. Ludwig bittet, den Termin für ein gemeinsames Treffen der Freiwilligen Feuerwehren am 09.03.2018 vorzumerken. Er teilte mit, dass ein zahlreiches Erscheinen von Besucherinnen und Besuchern erwünscht sei, damit eine Verbundenheit mit der Arbeit der Feuerwehren gezeigt werde.

12.4 Kreiselgestaltung

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 4

Herr Stv. Fiege schlägt vor, die städtischen Kreisel mit Steinen, die hier in der Umgebung vorkommen, auszusmücken. Es gebe 3 Gesteinsarten, die für Eschwege maßgeblich seien, sodass aus seiner Sicht auf jedem der vorhandenen Kreisel, die es noch zu gestalten gelte, je eine dieser Gesteinsarten Verwendung finden könnte.

12.5 Wortprotokoll

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1

Herr Stv. Fiege nimmt Bezug auf den Vortrag von Herrn Stv. Montag. Dessen umfangreiche Recherchearbeit und Darlegung des Sachverhaltes verdienen es, komplett in einem Wortprotokoll wiederzugeben zu werden. Er regt daher an, noch einmal über die Wiedereinführung eines Wortprotokolls nachzudenken.

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
AM 16.03.2017**

gez. Hamp

Claus Hamp
(Stadtverordnetenvorsteher)

gez. Jatho

Volker Jatho
(Schriftführer)